

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stantigt in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen kosten die dreigespaltene Zeile ober deren Raum 15 G. — Postkatalog-Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Hierzu eine Beilage.

Inhalt: „Gebt dem Volke seine Ideale!“ — Parlamentarisches. Eine deutliche Reichstagsführung. Wirtschaftlich-justiziale Rundschau. Eine tendenziöse Nachschlüssel-Art. Ueber Bagatunde- und Arbeitslosigkeit. Die Unfallversicherung für die Steinbrüche, Zöpferei- und Gelele-Betriebe. Bedenkliche Arbeiterfreundlichkeit. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Arbeitslohn im Baugewerbe des Mittelalters. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und das Sozialistengesetz. Väterliche Angriffe. Bauarbeiterlöhne und die Steigerung der Wohnungspreise. An die fachgewerblich organisierten Arbeiter Deutschlands. Ueber Streit und Boykott. — Gerichts-Gronoll. Ein wichtiges Urteil. Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung gegen Unternehmer. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Literatur. — Briefkasten.

„Gebt dem Volke seine Ideale!“

So rief in der Reichstagsführung vom 25. Januar d. J. der hochkonservative Prinz Carolath, indem er als Gegner des Sozialistengesetzes sich bekannte, der Regierung und den Kartellpartei zu. Er gab zu, daß in der Arbeiterbewegung ein Idealismus als erhebende und fördernde Macht vorhanden sei und sprach den Wunsch aus, man möge mit demselben rechnen, damit die Ideale im Volk überhaupt nicht durch den Materialismus und das Strebertum vernichtet werden.

Das ist zwar schon oft von anderer Seite gesagt worden, aber von solcher Seite erhoben, gewinnt diese Mahnung an die herrschenden Parteien, die uns berührt wie der Aufschrei eines gequälten Gewissens, das Erleuchtung sucht in der offenen Anerkennung der Wahrheit, eine besondere Bedeutung.

So lange es eine aus Noth und Noth zum Nicht zur Freiheit und zum Glück aufwärts strebende Menschheit giebt, ist sie nie höheren und schöneren Idealen gefolgt, als diejenigen sind, welche die Arbeiterbewegung der Gegenwart charakterisieren. Diese Ideale gehen auf einen Zustand der Menschheit, in welchem die Arbeit ihre Rechte genießt und ein widerwärtiger Klassenkampf unmöglich ist; auf einen Zustand höherer Sozialgerechtigkeit, die „Sehen das Seine“ giebt, der edlen und wahren Humanität, des beglückenden Friedens und der höchstmöglichen geistigen, sittlichen und materiellen Wohlfahrt aller Mitglieder der Gesellschaft.

Und dieser Zustand soll erreicht werden nicht durch die Einmischung der rohen Gewalt, sondern durch geistigen Kampf, durch die Macht der besseren Ueberzeugung, die bewirkt, daß alle notwendigen sozialen Reformen durchgeführt werden um des Guten willen, das sie schaffen sollen.

Fürwahr, ein edleres, ein großartigeres, der Humanität entsprechenderes Ideal hat niemals vorher sich geltend gemacht, im Gebiete der wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessenkämpfe! Nicht grossen, hagerfüllten und radebürtigen Sklaven gleich, die des Augenblicks harren, ihre Ketten zu brechen, geberden sich die vom Ideal besessenen Arbeiter. — nein, mit den von der Wissenschaft und Erfahrung geschmiedeten Waffen des Geistes, frei und offen kämpfen sie für der Menschheit besseres Loos. Mit freiem Sinn durchdenken sie die Entwicklung der Menschheit, und die Verhältnisse des Lebens, mit Besonnenheit und Einsicht der notwendigen großen Wendung der Dinge vorarbeitend. Offenheit und Wahrheit sind ihre großen Mittel, welche die ersehnten gründlichen sozialen Reformen befördern, die organische Entwicklung in gesunder Weise

beschleunigen und den gefährdeten „gewaltfamen Umsturz“ abwenden. Nicht sinkerem Groll und Zagen geben sie sich hin, denn sie wissen, daß die Zustände, unter denen die arbeitenden Klassen zu leiden haben, ein notwendiges Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung sind, für die Niemand persönlich verantwortlich zu machen ist; sie denken und handeln nach Grundsätzen, welche es nicht dulden, daß niedrige Gefinnungen und Leidenschaften die Herrschaft über die Vernunft gewinnen.

„Gebt dem Volke seine Ideale.“ Nüchtern mühte es heißen: Laßt ihm die Ideale, die es hat und helfet, sie veredeln, verbessern und verallgemeinern!

Hohe und heilige, die Gemeinsamkeit der Menschen betreffende, Interessen sind es, welche die Ideale der Arbeiterbewegung umfassen. Diese Ideale haben bewirkt und bewirken immer mehr die Herausbildung des Instinktes der Massen zum vollen und deutlichen Bewußtsein des Rechtes und der Pflicht. Hunderttausende von Arbeitern warfen sich, als sie erst einmal angefangen hatten, über die wirtschaftlich-sozialen Zusammenhänge nachzudenken, in einem rühmlichen Wettstreit auf das Studium der Gesellschaftswissenschaften. Es war wie das Erwachen eines neuen Geistes!

Die Solidaritätsidee, von der die Arbeiter naturgemäß besesselt sind, giebt den Grund ab für jene, den höchsten Triumph aller wissenschaftlichen Erkenntnis bildende Staatsidee, wonach der Staat, d. h. das sittlich geordnete Gemeinwesen, berufen ist, durch die fortschreitende Befestigung des sozialen Glends, der Armuth, der Unwissenheit, sowie der Unfreiheit und Machtlosigkeit aller Art die Gerechtigkeit in der Freiheit, auf dem Boden einer wirklich gerechten und vernünftigen wirtschaftlich-sozialen Ordnung zu schaffen.

Die Arbeiterbewegung ist im Bunde mit der Wissenschaft die Trägerin dieser Idee. Wir wiederholen, was wir vor einiger Zeit schon einmal geschrieben:

„Stände diese Bewegung nicht so fest und sicher auf dem Boden der edlen und wahren Wissenschaft, welche an kein Privilegium gebunden ist, schöpfe sie aus diesem Boden nicht immer neue Nahrung und Kraft, sie wäre dem unausgegessenen Anprall ihrer Gegner wohl schon längst erlegen; so aber ist sie in Wahrheit unüberwindlich; ihr Kern ist gefest gegen die Vernichtung, wie viele ihrer Formen auch brechen mögen.“

„Ehe die Arbeiterbewegung ihren mächtig anregenden Einfluß auf die Geister ausübte, waren Wissenschaft und wissenschaftliches Denken das Privilegium einer kleinen Kaste von Gelehrten, und die Massenunbildung und Massenverwilderung galt nach vielen Zeitgenossen als eine ganz treffliche Institution. Unter dieser Bewegung und durch sie vollzieht sich nun, was man in früheren Zeiten kaum zu denken wagte: die Wissenschaft kommt an das Volk, an die arbeitenden Klassen und schließt mit diesen eine unzerstörbare Allianz.“

„Die Arbeiterbewegung hat den Fortschritt der Wissenschaft beschleunigt und ein gutes Theil Gleichgültigkeit gegen die wissenschaftliche Behandlung der großen Zeit- und Streitfragen gerade in den höheren Gesellschaftskreisen zertröt und manchen treuen Freund und Werthetdiger in diesen Kreisen ermorde.“

„Unter dem Hochdruck dieser Bewegung mit ihren Idealen erkennt man mehr und mehr,

daß der Werth des Wissens nicht sowohl im Wissen selbst, als in der richtigen Anwendung desselben auf die Praxis des Lebens besteht. Für welche Gesellschaftsklasse aber hat die Praxis des Lebens eine erstere Bedeutung als gerade für die arbeitende? Keine andere Klasse hat deshalb aber auch für die auf diese Praxis anzuwendende Wissenschaft eine treuere Gefolgschaft aufzuweisen, als sie.“

Die Ideale der Arbeiter bilden den Mittelpunkt der ganzen modernen Kulturbewegung, als das Ziel höherer Kulturentwicklung!

Und diese Ideale kann keine Macht zerstören; dem sozialen Frieden dient nur der, der ihrer Entwicklung und Läuterung keine Hindernisse bereitet.

Möge der Materialismus und das Strebertum des Volkes soziale Ideale mißachten und verfolgen, — das Volk selbst wird sie desto höher schätzen lernen.

Dafür wird schon der Tag der Neuwahlen zum Reichstage, der 20. Februar, einen Beweis liefern. Das Volkes Ideale sind keine Trugbilder, sondern wirkliche Bilder der allseitigen Wirklichkeiten, die im Schooße der Kultur sich vorbereiten nach unwandelbarem Gesetze der Nothwendigkeit. Die Arbeiter schwärmen und träumen nicht, sie wirken mit am organischen Fortschritt auf den festen und sicheren Bahnen, die von den Thatfachen vorgezeichnet werden und die dahin führen, daß jeder gesunde Jode sich die Praxis unterwirft.

Parlamentarisches.

Eine deutliche Reichstagsführung.

Mit der Sitzung des Reichstages vom 25. Januar hat dessen siebente Legislaturperiode, die in mehr als einer Hinsicht für das Volk so unheilvoll war, ihr Ende erreicht. Diese der definitiven Entscheidung über das Sozialistengesetz gewidmete Schlußsitzung darf als eine recht deutliche bezeichnet werden. Einmal in Rücksicht auf das Resultat, indem jenes Gesetz, welches seit 1878 die Basis der reaktionären Bestrebungen bildet, mit großer Majorität (169 gegen 88 Stimmen) verworfen wurde. Sodann aber auch in Rücksicht auf die Ansichten, die im Laufe der Debatten von einem Vertreter der Regierung und von einem konservativen Abgeordneten geäußert wurden.

Der preussische Minister des Innern, Herr v. Herrfurth, hatte einen sehr merkwürdigen Tag. Und den bereitete er sich selbst! Welche Einflüsse es bewirkt haben, daß über ihn, der in den vorhergegangenen Verhandlungen, betreffend das Sozialistengesetz, sich vortheilhaft von seinem Amtsvorgänger, dem Herrn v. Puttkamer, unterchied, in der Stunde der Entscheidung plötzlch der Geist dieses Herrn kam und er in besser bekannter Weise, das Ausnahmegesetz zu vertheidigen, bestiet, — wir wissen es nicht und wollen unseren Berichtungen darüber nicht Raum geben.

Daß Herr v. Herrfurth den sozialdemokratischen Abgeordneten das Recht bestritt, sich als „Vertreter der Massen der Arbeiter“ zu betrachten, werfen wir nicht schwer ins Gewicht. Gewiß, auch die anderen Parteien haben Arbeiter hinter sich“, wie Herr Herrfurth sagte, aber das, worauf es ankommt, ist doch, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten als Vertreter der Arbeiterpartei zweifellos auch Vertreter der Interessen der gesamten Arbeiterpartei sind. Die Arbeiter, welche andere Parteien „hinter sich“ haben, sind zum Theil solche, welche noch nicht zur Erkenntnis ihrer berechtigten Interessen gelangt sind, zum anderen Theil solche, die unter dem Druck wirtschaftlicher Abhängigkeit gezwungen sind, den anderen Parteien Wohlgefallen zu leisten. Wie diese Gefolgschaft von Unternehmern und sonstigen „Autoritäten“ im politischen Leben zu Stande gebracht wird, darüber geben die Akten der Wahlprüfungskommission und die diesbezüglichen Verhandlungen des Reichstags die beste Auskunft. Und ist denn schon vergessen, daß der konservative Abgeordnete, der Herr Polizeipräsident von Meindobert, im Reichstage unter Zustimmung der Herren vom Kartell gelassen die unerhörte Behauptung aufstellte: Es sei das Recht der Unternehmer, als der „wirtschaftlich Stärkeren“, von „ihren“ Arbeitern, den wirtschaftlich Schwachen, zu

man hatte 7 Minuten zu gehen bis in die Kneipe, so verließ uns eine Viertel Stunde zum Essen.

Am Sonnabend, den 25. Januar, hatte ich mich mit sämtlichen Kollegen (12 an der Zahl) dahin berathen, wir wollen von heute ab eine Stunde Mittag machen.

Der Parlier, Franz mit Namen, aus Leipzig, standharte nun auf dem Bau herum und sagte: „Die Arbeitszeit mache ich aus.“ Ich antwortete ihm, das richtet sich nach den Verhältnissen, die wir in der Veranmlung...

„Hier sieht man wieder den Knechtsinn einzelner Kollegen, sie wissen nicht, was sie als Mensch zu beanspruchen haben und vertrauen sich kein Wort zu sagen, um ihre Rechte zu verteidigen.“

Aus Wilhelmshaven.

Ueber die „Harmonie zwischen Unternehmern“, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, und den Arbeitern liefert folgender Vorkall einen treffenden Beleg:

Im vorigen Jahre ließ sich der Unternehmer Hoffrichter in unseren Fachverein als Mitglied aufnehmen. Schon bei der Aufnahme äußerten einzelne Mitglieder Bedenken gegen dieselbe, jedoch erklärte sich die Majorität für die Aufnahme des Genannten.

Literatur.

Die „Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. 4. Jährig. 2. Heft.

Wir erwarten, auch in diesem Jahre die Sympathien und die Unterstützung der Kreise zu finden, für die die „Neue Zeit“ berechnet ist.

Wir werden Alles aufbieten, die „Neue Zeit“ nicht nur auf der Höhe zu erhalten, die sie erreicht, sondern sie immer reichhaltiger und vielseitiger zu gestalten.

Wir werden auch in diesem Jahre die Sympathien und die Unterstützung der Kreise zu finden, für die die „Neue Zeit“ berechnet ist, in erster Linie der denkenden Arbeitererschaft und ihrer Freunde.

Von anderen Beiträgen, die theils in unserer Hand, theils uns in Aussicht gestellt sind, nennen wir: Dr. Victor Adler, Die Jungfrau und ihre Gegner; August Bebel, Sozialpolitik des Auslandes; Paul Ernst, Faust im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung; Paul Kampffmeyer, Die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in Deutschland; Karl Kautsky, Die Frauensrage; Dr. G. R. Krejci, Die Pflichten der Unternehmer in Ungarn; Paul Lafargue, Die Kriminalität in Frankreich von 1840 bis 1886; Karl Liebknecht, Der österrösterreichische Arbeiterstand.

Verband; Jean Babejbe, Agrarverhältnisse in Rumänien; Reinhold Kegg, Aus den Memoiren von Sigismund Vorheim; Max Schuppe, Die Ansätze an einer Arbeiterinnenbewegung in Deutschland; Dr. Conrad Schmidt, Die Bauerntrennung in Preußen; Dr. Bruno Schoenlan, Zur Psychologie des Kleinbürgertums; W. Pechanoff, A. G. Pfortenwirth; Bernhard Jerski, Aus der Praxis der Lebensmittelfabrikation; Clara Beilin, Die neueren revolutionären Chantonniers in Frankreich.

Aus der Reihe unserer Mitarbeiter nennen wir außer den oben angezeigten: Edward Ueling, Cleonur Marx, Ueling, Peter Kretsch, Ernst Barz, C. Westfort Barz, Eduard Bernstein, Wilhelm Bloß, Dr. Adolf Braun, Josephine Braun, Dr. Heinrich Braun, Prof. Dr. Ludwig Dikner, Theodor Curti, Gabriel Deville, Prof. Dr. Dodel-Rort, Friedrich Engels, Leo Frankel, Jules Guesde, Minna Kauffh, Oswald Köhler, Fritz Lang, Dr. Stephan Licht, Wilhelm Liebknecht, F. Luz, S. Mandl, Fr. Mehring, Domela Nieuwenhuis, C. Bernerstorfer, Ph. Nappoport, Eduard Schuch, Robert Schweißel, J. Stetschly, S. Stern, Dr. Geo. C. Stebeling, Dr. Chr. Zanzner, Gerjon Trier, Georg Volkmann, Dr. Edmund Wengraf, Florence Kelley-Wisniewsky, Julie Zadel.

Was wir bisher erreicht, war nur möglich durch die Unterstützung unserer Mitarbeiter und Leser.

Die „Neue Zeit“ erscheint einmal im Monat in Heften (Gesirformat) à 48 Seiten.

Alle Buchhandlungen und Postanstalten in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz nehmen Abonnements-Bestellungen zum Preise von M. 1.50 pro Quartal entgegen.

Die „Neue Zeit“ ist im Postzeitungs-Katalog unter Nr. 4265 angeführt.

Briefkasten.

In Bezug auf die in Nr. 4 b. Bl. enthaltene, von dem Kollegen Willig in Braunshweig erlassene Anzeige werden wir von dem in Hannover, Kornstr. 24, wohnhaften Kollegen Hermann Sieber um Aufnahme der Mitteilung ersucht, daß die betreffende Anzeige sich nicht auf ihn, sondern auf einen aus demselben Drie herstammenden jüngeren Maurer gleichen Namens bezieht.

Meritz, S. Schön der formalen Fehler halber eignet sich das von Ihnen eingeleitete Gebot nicht zur Aufnahme, abgesehen davon, daß das von Sie gebotene stehende beschränkter Raumes wegen überhaupt die Aufnahme von Geböthen nicht stattfinden kann.

Endwigglaust, W. Ihr zur Aufnahme in Nr. 5 eingesandter Bericht, für den wir, nebenbei bemerkt, Strafporto zahlen mußten, langte hier erst am Dienstag, den 25. Januar, an, außerdem war das Papier auf beiden Seiten beschrieben, sowie ein ungenügender Rand zur Korrektur freigelassen; es war daher unmöglich, den Bericht noch in die Nr. 5 aufzunehmen.

Wojzenburg, G. Wir ersuchen wiederholt, die Berichte mit Tinte statt Meißel zu schreiben.

Hannover, G. Die Annahme, daß Vereine auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes von der Polizei aufgelöst worden, ist insofern nicht ganz richtig, als es sich nur um eine vorläufige Schließung handeln kann, zu welcher die Ortspolizeibehörde befugt ist, wenn Vereine, welche bezwungen, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten.

Baschin, Fr. Der Betrieb unternehmer hat von jedem in seinem Betriebe vorkommenden Unfalls, durch welchen eine in demselben beschäftigte Person geübelt ist oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, der Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten.

Der Betrieb unternehmer hat von jedem in seinem Betriebe vorkommenden Unfalls, durch welchen eine in demselben beschäftigte Person geübelt ist oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, der Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten.

die Entscheidung zu entscheiden. Thatsächlich hat B. sich in Betriebe, auf einer Leiter arbeitend, die seine Arbeitsunfähigkeit, bezw. verminderte Erwerbsfähigkeit bedingende Verletzung zugezogen.

Reservekraft in K. Nach dem Buchergesetz ist unter „Bucher“ zu verstehen ein auf die persönliche Noth und Verlegenheit berechnetes, unbeschränktes und die wirthschaftliche Rentabilität vom vorgelegten Kapital absetzendes Zinsnehmen.

Es giebt verschiedene Arten des allerschlimmsten, verwerflichsten Buchers, die nicht nur sicher vor jeder Verhaftung sind, sondern als nothwendige und ganz „rechtliche“ Funktionen erachtet werden.

Es sei weiter erinnert an den Grund- und Boden-, Häuser- und Wohnungsbucher, den Kornwucher, den Baarenwucher, den Preispartelle der Unternehmer über.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauser, Gipsler (Weißbinder) und Sattlereur Deutschlands, Grundstein zur Einigkeit! (Eingetr. Häftstasse Nr. 7. Sitz: Altona.)

Zur Woche vom 26. Januar bis 1. Februar 1890 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Barleben M. 50, Jever 25, Eppenborf 100. Summa M. 175.

Zufüsse erhielten: Die örtliche Verwaltung in Herbstleben M. 200, Schintel 70, Nieberkreißig 70, Reitzig 300, Welpke 300, Fischenbach 200, Hainstadt 150, Wittenberg 1. Fr. 100, Uutter a. Wg. 60, Frankenthal 100, Stammheim 80, Heubach 200, Gaußig 150, Stekitt 200, Bretzin 25, Dortmund 100, Freiburg i. Baden 300, Pirna 300, Jagntz 100, Ansbach 100, Bremen 100, Siebelzbrunn 150. Summa M. 3305.

Altona, den 2. Februar 1890. C. Reich, Hauptkassirer, Friedrichsbadestraße Nr. 32, Haus 7.

Für Bremen.

Sonntag, den 9. Febr. 1890, Nachm. 5 Uhr: Mitgliederversammlung

Zentralkasse „Grundstein zur Einigkeit“ im oberen Saale der „Vereinshalle“ Tagesordnung: Vierteljährliche Abrechnung. S. Waffe. [M. 1.35.]

Zur gefälligen Beachtung!

Sollte ein Leser d. Bl., der noch im Besitze der Nr. 5 und 12 des im Jahre 1886 erschienenen „Neuen Bauhandwerker“ 1. Jahrgang, ist, genügt sein, dieselben zur vervollständigung eines für eine Fachvereinsbibliothek bestimmten Einbandes herzugeben, so wird derselbe gebeten, die besagten Exemplare an Herrn C. Kästner, Dresden, Werderstraße 14, einzusenden.

Abonnements-Duittung.

Für das vierte Quartal 1889: Dortmund, M. 1.30.

Für das erste Quartal 1890:

- Belbert, S. M. 2.40; Gerblingerode, W., (2. Rate) 1.60; Schleswig, L. 1.40; Röhlich, W., 1.40; Berlin, S., 2.80; Torgau, R. 3.80; Raitzenow, K., 4.; Garitz, S., 1.40; Königsberg, B., 24.80; Dortmund, M., 13.50; Bral, W., 1.40; Diermarsberg, F., 1.40; Neu-Bejum, C., 1.40; Neustadt, L., W., 2.40; Saapel, S., 1.40; Saupin, S., 1.36; Argun, S., 4.; Hitten, W., 3.; Schwaan, B., 1.40; Brüggel, S., 1.40; Grefeshagen, T., 1.40; Berlin, M., 1.40; Eibelkeit, W., 1.40; Dramfeld, B. und A., je 1.40; Niendorf, R., 1.12; Schleswig, F., 1.40; Eldena, B., 1.40; Elselben, W., 10.80; Ludwigslust, W., 10; Jeebel, W., 1.36; Prenzlau, J., 1.

Für das zweite Quartal 1890: Dortmund, M., (1. Rate) M. — 40; Neustadt i. W., (1. Rate) — 40. 3. Staling.

Druckfehler-Verrichtigung. In der in Nr. 4 enthaltenen Abonnements-Duittung muß es heißen: Groden, N. 3.40, statt 1.40.

Verlag von J. Staling, Hamburg. Druck von J. J. W. Dieß, Hamburg.

Zwei Ausnahmen von der Regel.

Je großartiger die Arbeiterbewegung und die Arbeiterpartei sich entwickelt, je unvernünftiger gerberdet sich die Masse ihrer Gegner. Was längst ein Faktor des Kulturfortschritts geworden ist und als solcher, drängt auf die Lösung der sozialen Frage, die Anerkennung jedes wirklich gebildeten Menschen erheischt, dagegen führen die Verfechter der herrschenden Interessenrichtungen in der Regel das blöde Vorurtheil und die Unwissenheit, oft genug auch die Tendenzlüge und die Verleumdung ins Feld; sie wollen rücksichtslos unterdrücken, was sie nicht begreifen können, oder was, wenn sie es begreifen, die liebe Selbstsucht nicht anerkennt; sie stellen die Begriffe und die Thatsachen auf den Kopf; nicht ein mit entwicklungsgeschichtlicher Nothwendigkeit sich geltend machendes Kulturelement, sondern eine „künstlich erzeugte“ kulturfeindliche Propaganda erblicken sie in der Arbeiterbewegung.

Umsomehr muß es jeden Freund und Anhänger dieser Bewegung mit Genugthuung erfüllen, wenn dann und wann ein ehrlicher Gegner sich bemüht, der Wahrheit die Ehre zu geben. Selten genug ist zwar dieser Fall, aber er kommt doch vor, und Pflicht der Arbeiterversaille ist es, ihn zu registriren.

Da hat kürzlich der ultramontane Sozialpolitiker Dr. Edmund Jörg in den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland“ in einem Aufsatz über den Pariser Arbeiterkongreß der Solidarität der Arbeiter eine Betrachtung gewidmet, aus der Folgendes mitgeteilt zu werden verdient:

„Die Thatsache läßt sich nicht mehr übersehen, daß nur noch in jenen „unteren Schichten“ das Zeug vorhanden wäre zur Wiederherstellung der Gemeinsamkeit zwischen den Völkern — man kann leider (?) nicht mehr sagen: in der ganzen Christenheit, aber in der ganzen zivilisirten Welt — welche zur gesetlichen Umgestaltung der verrotteten Gesellschaft unbedingt erforderlich gewesen wäre. Was von jenem gottgewollten Solidaritätsgefühl in der Menschheit noch übrig geblieben, hat sich in die Tiefen der Menschheit hinabgesenkt. . . Der Begriff einer allgemeinen Humanität erscheint den legitimen Gewalten in ihrer nationalen Beschränktheit und Verbissenheit schon als eine hochverräterische Zumuthung. Sie haben über ihre Grenzen hinaus nur ein Auge für neu ausgeirte und auszirende Landkarten; eine magna charta der Menschheit ist ihnen eine feindliche Idee.

„Jede Nation ist Feind einer anderen geworden, und sieht sich gezwungen, zu ihrer Sicherung jeden Augenblick bis an die Zähne gerüstet zu sein. Der auf's Höchste gesteigerte Militarismus aber verträgt sich von Natur aus nicht mit dem Gedanken einer sozialen Gemeinsamkeit der Völker. Der nationale Parlamentarismus selber steht überall dahin in dem engen und verengten Wirkungskreis, den ihm die nationale Politik mit ihrem Militarismus bis auf Weiteres einräumt; und ihm gegenüber und gegenüber der interessirten Klasse, die ihn noch trägt, erscheint nun das freie Welt-Arbeiterparlament in Paris als die beginnende Erhebung der Verlassenen in der Menschheit, ein kosmopolitisches Parlament.“

Jörg schildert dann in kurzen Zügen die wirtschaftlich-soziale Entwicklung seit der französischen Revolution, die Proletarisierung der Massen, wodurch die „feste Grundlage für die moderne Arbeiterbewegung“ geschaffen sei, die verkehrten Maßregeln, welche speziell die deutschen Regierungen gegen diese Bewegung getroffen haben, und fällt dann über die Thätigkeit der deutschen Sozialdemokraten auf dem Pariser Kongreß folgendes Urtheil:

„Sie vertreten dort diejenige soziale Gemeinsamkeit aller Völker, welche deren Machthabern und vor allem ihrem Vaterlande verloren gegangen ist. Die neue Welt der dämonischen Naturkräfte hat nirgends rascher als in Deutschland die Geister in den unteren Schichten geweckt und zur sozialen Bewegung herangezogen. In den letzten sechziger Jahren noch klein, machtlos, verpöthet, verfügt die sozialdemokratische Partei jetzt über eine Million Stimmen bei den Reichstagswahlen. Damals zum größeren Theile noch

in der „nationalen“ Richtung befangen, giebt sie jetzt den Engländern und Franzosen den internationalen Ton an. . .“

Man vergleiche mit diesen ruhigen und gerechten Urtheilen das wüste fanatische Geschimpf und Gezeter, welches die sogenannte „Ordnungs-press“ über den Pariser Kongreß erhoben hat, um dem Phylisterthum Angst einzujagen. Jörg schildert den Kongreß als die Repräsentation des „von Gott gewollten Solidaritätsgeföhles in der Menschheit“, — die Zeitungs-schreiber der herrschenden Interessenrichtungen aber — vom Bindter an bis zum Felisch — erblickten darin eine „internationale Verschwörung zum Sturze der göttlichen und menschlichen Ordnung.“

Noch eines anderen Gegners, der ein ehrliches und freimüthiges Urtheil über die Sozialdemokratie abgegeben hat, müssen wir gedenken. In einem gedruckten vorliegenden Vortrage spricht sich der Missionsprediger Otto Nauemann in Rechtlich folgendenmaßen aus:

„Wir sind Zuschauer eines merkwürdigen Kampfes. Auf der einen Seite steht eine alt-erkannte Geistesmacht, das Evangelium hat in unserem Vaterlande rund 14 000 bestallte Priester und mehr als 10 000 kirchliche Gebäude. Es hat Einfluß auf die gesammte Kindererziehung. Seine Arbeit in Kirche und Schule ist nach dem Bezugsmaß vieler eine eifrige. Es werden eine Menge von Predigten gehalten, Mengen von christlichen Schriften gedruckt und verbreitet. Trotz aller Klagen stehen ungeheure Geldmittel zur Verfügung der Kirche. Die weltliche Macht unterstützt sie. Fast in allen Hochschulen hat sie bedeutende Vertreter; und die gebildete Welt ist der Kirche freundlich,“ gestimmt als in mancher früheren Zeit. Und wo dieser alten, reich begünstigten Geistesmacht löst sich ein hunderttausend Seelen nach dem andern ab und wendet sich einer neuen Macht zu, welche weder eine überleserte Autorität, noch hohen Schutz für sich hat, welche weder ein bezahltes Heer von Kämpfern, noch sonst eine Förderung der öffentlichen Gewalten besitzt, sondern durch die leitenden Kräfte mit allem Nachdruck gehindert wird!

„Und mit allen unseren Mitteln richten wir weit weniger aus als die Sozialdemokratie mit ihren geringen. Wir werden im Laufe der kommenden Jahre zweifellos noch mehr verlieren. Also werden die Dinge sich weiter entwickeln. . . Worin liegt nun die Kraft der Sozialdemokratie?“

Man kann beständig hören: „Die Lehre der Sozialdemokratie ist eine Aufreizung der menschlichen Begierlichkeit,“ oder: „der Sozialismus ist das Werk einiger ehrgeiziger Schreiber und Aufseher, die auf die Dummheit des Volkes rechnen.“

Rein — läßt es uns offen bekennen: die Kraft und Stärke der Sozialdemokratie ist nicht das Schlechte an ihr, sondern das verhältnismäßig Gute. Die Sozialdemokratie lebt nicht von äußeren Dingen, sondern von ihrem inneren Wesen, von ihrem Geiste. Nach diesem will sie beurtheilt und verstanden werden, genau so, wie die Kirche verlangt, nicht nach den Mißgriffen einzelner ihrer Diener oder ihren menschlichen Schwachheiten und Halbheiten beurtheilt zu werden. Es ist verhängnisvoll und prahlerisch, einen starken Feind einen Krüppel zu nennen, um sich selbst zu trösten.

Die Sozialdemokratie ist eine Geistesmacht. Diese Thatsache würde nicht so oft geleugnet werden, wenn sich die christliche Welt mehr mit dem sozialdemokratischen Schriftthum beschäftigen würde, dessen geistige Höhe gewiß keine geringe ist.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, als den Wunsch, daß diese Ausführungen, wie die des Dr. Jörg, denjenigen Gegnern der Arbeiterbewegung, die noch fähig sind, ohne Rücksicht auf ihr Sonderinteresse die Wahrheit zu achten, Anlaß zu ernstem und ehrlichem Nachdenken geben mögen!

Der Reichstagsabgeordnete Carl Frohme vor dem Maurern Hamburgr.

Am Abend des 31. Januar fand im „Vereinshause“ (früher Zitzes Etablissement) eine von Herrn St. aning einberufene, von circa 5000 Personen besetzte öffentliche Maurerverammlung (die erste wider seit Jahren) statt, in welcher der feierliche Reichstagsabgeordnete, Herr Carl Frohme aus Hannover, über „das Koali-

tionsrecht und die bevorstehenden Reichstagswahlen“ referirte.

Der Referent, von der Versammlung lebhaft begrüßt, führte Folgendes aus:

Zu den Fragen, welche rücksichtlich der bevorstehenden Wahlen zum Reichstage die Arbeiter Deutschlands ganz besonders interessieren, gehört in erster Linie auch die Frage des Koalitionsrechtes, welche durch die Arbeiterbewegung der letzten Zeit in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gedrängt ist und seit Monaten wieder einmal den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen bildet. Auch der Reichstag hat sich bekanntlich genöthigt gesehen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und Stellung zu ihr zu nehmen; leider aber entspricht diese Stellungnahme durchaus nicht der außerordentlichen Wichtigkeit der ganzen Frage und den Interessen der Arbeiter. Das denselben im § 152 der R.-G.-O. gewählte Koalitionsrecht erklärt seit Jahren sowohl seitens vieler Behörden, wie seitens der Unternehmer eine Beschränkung und Verengung, die nun und nimmer in einem Rechtsfakte zulässig erscheint.

Die Absicht des Gesetzgebers bei Erlaß des § 152 ist gewesen, der allgemeinen sittlichen und rechtlichen Bedeutung der Arbeiterkoalition und ihrer positiven Bestimmungen nach Maßgabe der bestehenden Wirtschaftsordnung Rechnung zu tragen; es den Arbeitern, als den wirtschaftlich Schwachen, zu ermöglichen, ihre auf Wahrung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung bezw. auf Erringung glücklicher Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen gegenüber dem das ganze wirtschaftliche Leben beherrschenden Kapitalismus zum Ausdrück zu bringen.

Wie in der Arbeiterbewegung überhaupt, so äußert sich auch in der lediglich den gewerkschaftlichen Zwecken dienenden Thätigkeit der Arbeiterkoalition ein außerordentlicher Kulturfortschritt. Es ist ein verhängnisvoller Irrthum, zu glauben, daß herartige Koalitionen lediglich oder vorwiegend den Zweck hätten, Streiks in Szene zu setzen; noch bedenklicher ist der Irrthum, daß die Koalition von der sozialdemokratischen Partei mißbraucht werde, um den „Ansturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Wie die Nothwendigkeit und Berechtigung der Arbeiterkoalition sich aus der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung ergibt, so bedarf auch ihre Bestrebungen sich durchaus mit dieser Ordnung. Der Streik ist durchaus nichts Ordnungswidriges, sondern lediglich eine naturnothwendige Folge der bestehenden Verhältnisse, eine besondere Erscheinungsform des von diesen Verhältnissen bestimmten sozialen Daseins- und Interessentkampfes. Unsere Staatsverfassungen erkennen den Arbeiter als freien und gleichberechtigten Staatsbürger neben dem Reichthum an. Um dieser Freiheit und Gleichberechtigung genügen zu können, muß der Arbeiter durch Vereinigung mit Seinesgleichen jeder Zeit in der Lage sein, seine Arbeitskraft zu einem möglichst hohen Preise zu verwerthen und auf diese Weise seine Lebenshaltung zu verbessern und in erhöhtem Maße theilzunehmen an den Segnungen der Kulturentwicklung, welche ihre Grundlage doch einzig und allein in der Arbeit hat. Die Arbeitskraft ist eine Waare, deren Preis sich regelt, nach Angebot und Nachfrage, — diese Lehre ist nicht etwa von Sozialdemokraten aufgestellt zu dem Zwecke, die Arbeiter „anzufrieden“ zu machen und „aufzuregen“, — nein, es ist das eine Lehre der Herrschenden in den nationalemökonomischen Schule. (Darnach aber müßten die herrschenden Richtungen, welche auf diese Schule schwören, es als ihr selbstverständliches Erachten, daß die Arbeiter als Besitzer der Waare „Arbeitskraft“ bemüht sind, eine möglichst hohe Verwerthung derselben zu erzielen. Gält man es doch, für ganz selbstverständlich und der Ordnung entsprechend, daß Unternehmerkoalitionen sich bilden zum Zwecke der Steigerung der Preise aller möglichen Konsumartikel, um den Gewinnansprüchen der Unternehmer zu genügen. Höher aber als diese Gewinnansprüche, die doch lediglich befriedigt werden können aus dem Ertrag der Arbeit über Massen, stehen diejenigen Ansprüche, welche die Arbeiter nach natürlichem Recht im Interesse der Kultur zu heben haben, denn diese Ansprüche sind zunächst darauf gerichtet, die Vorbereitung jeder Kultur, die menschliche Arbeit zu erhalten und die Arbeiter in den Stand zu setzen, ein dem jeweiligen Stande der Kultur entsprechendes, menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Tendenz des die ganze moderne Produktion bestimmenden Kapitalismus geht dahin, ohne Rücksicht auf das physische und geistige Wohl der Massen, dieselben den Gewinninteressen desselben unterzuordnen. Dafür ist etwas nicht der einzelne Unternehmer verantwortlich zu machen; man hat es mit der modernen Produktionsweise und ihren von der freien Konkurrenz vorgezeichneten Tendenzen zu thun, mit einem nothwendigen Resultat der wirtschaftlich sozialen Entwicklung, mit einem Durchgangsstadium zu einem Zustande höherer Kultur und Sozialgerechtigkeit. Indem die Arbeiterkoalition bemüht ist, die Wirkungen der destruktiven Tendenzen des Kapitalismus zunächst zu mildern und im Uebrigen auf ihre gänzliche Beseitigung auf dem Wege der organischen Entwicklung hinzuwirken, indem sie den unabwiesbaren Rechtsgrundlaß aufstellt, daß der Arbeiter vom Ertrag der eigenen Leistung zu fordern habe, was er gebraucht zur Lösung seiner Lage; indem die Arbeiterkoalition weiter bemüht ist, das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter zum Unternehmertum möglichst zu mildern, entspricht sie voll und ganz den Voraussetzungen wahrer Kulturentwicklung. Es ist geradezu ein Hohn auf die Vernunft und auf die bestehende Rechts- und Wirtschaftsordnung, wenn man dem Arbeiter zumüthet, dem Unternehmer, dafür, daß derselbe ihm für geleistete Arbeit Lohn zahle, auch noch dankbar zu sein. Eine solche Dankbarkeit ist da gänzlich ausgeschlossen, wo sich's doch um die freie Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitern und Unternehmern handelt, soll.

Nedner schildert nun das Weiteren in eingehender und fesselnder Weise, daß von einem wirklich freien Arbeitsvertrage zwischen beiden Parteien heute noch gar nicht die Rede sein könne. Der sogenannte 'freie Arbeitsvertrag' sei in der Regel eine von den Unternehmern einseitig und willkürlich oktroyierte Arbeitsordnung, welche in den wenigsten Fällen auch nur annähernd den Interessen der Arbeiter entspreche. Die Masse der Unternehmer sei, wie von allen christlichen Sozialpolitikern ohne Unterchied der Parteistellung unumwunden zugegeben werde, noch weit davon entfernt, die Gleichberechtigung der Arbeiter anzuerkennen, bezw. im Arbeiter den Gleichberechtigten zu achten; die Erfahrung lehre, daß die meisten Unternehmer es als eine Aufsehung gegen ihre Autorität erachten, wenn Arbeiter nur den Versuch machen, bei der Feststellung des Arbeitsvertrages mitzuwachen.

Nedner unterzog dabei das von den Unternehmerkoalitionen, besonders von den Innungen, geliebte Unwesen der 'Schwarzen Listen' zum Zwecke der Berufsverleumdung sogenannter 'misliebiger' Arbeiter einer scharfen Kritik und wies nach, daß grade auch diesem Unwesen gegenüber die Macht der Arbeiterkoalition sich bewähren müsse.

Sodann beschäftigte der Referent sich in ausführlicher Weise mit den gegen die Arbeiterkoalition gerichteten behördlichen Praktiken, wobei besonders die sächsischen Behörden eine sehr scharfe Kritik erfuhr. Im Anschluß hieran gab Nedner einen Ueberblick über die jüngst im Reichstage in Betreff des Koalitionsrechts gepflogenen Debatten, wobei die von der Geschäftslitung der Maurer Deutschlands eingereichte Petition, betreffend die gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechtes, eingehende Berücksichtigung erfuhr.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen nahm der Redner Anlaß, die Angriffe der herrschenden Parteien auf das Koalitionsrecht als durchaus ungedrehtige und den sozialen Frieden in bedenklicher Weise bedrohende zu schildern, insbesondere soweit sie sich süßen auf die Behauptung über den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Streibewegung. Nedner legte dar, daß gerade die sozialdemokratische Partei und ihre Vertreter im Reichstage stets bemüht gewesen seien, Streits zu verhindern, bezw. daß die Partei gar kein Interesse daran habe, daß Streits in Szene gesetzt werden. Erst kürzlich habe die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ihren Einfluß dahin geltend gemacht, daß der projektirte neue Streik der Bergarbeiter in Westfalen, hinter welchem lediglich eine kapitalistische Spekulation zu vermuten sei, nicht ausbreche. Bei dieser Gelegenheit betonte Nedner, daß eine der hauptsächlichsten Aufgaben der Arbeiterkoalition darin bestehe, möglichst zu verhindern, daß bei Streits kollidierende Interessen der Arbeiter sich äußern, wie es z. B. bei dem Bergarbeiterstreik kürzlich der Fall war.

Nachdem Nedner jedoch die Aufgaben der Arbeiterkoalition im Einzelnen noch näher behögen, führte er aus, daß von den herrschenden Parteien und deren Vertretern im Reichstage eine gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechtes, wie die Arbeiter sie verlangen können, ebensowenig erwartet werden könne, wie ein Eintreten für gründliche wirtschaftlich-soziale Reformen. Die herrschenden Parteien täuschen sich, wenn sie glauben, der Arbeiter werde zum 'Dummen' für die geringere Vortheile, welche die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ihm bietet, verächtlich auf sein Koalitionsrecht. Es sei Pflicht der Arbeiter Deutschlands, am 20. Februar d. S. bei den Neuwahlen zum Reichstage für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten. Die Arbeiterbewegung und ihre viel verkümmerten Führer lassen sich leiten von der ehrlichen Überzeugung, daß die Lösung der Arbeiterfrage nicht zu erzielen sei auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes, sondern lediglich auf dem der organischen Entwicklung. Diese Überzeugung möge die herrschenden Parteien anerkennen dadurch, daß sie sich für ihn im Anspruch nehmen. Die Wahl einer großen Zahl Kandidaten der Sozialdemokratie sei das Mittel, sie zu dieser Anerkennung zu zwingen.

Nedner schloß seine vor der dicht gedrängt stehenden Versammlung mit größter Aufmerksamkeit verfolgte und häufig durch Beifall unterbrochene 15minütige Rede mit einer warm empfundenen Zukunftsansicht, der Mahnung, die kürzlich Prinz Carolath im Reichstage erlassen: 'Gebt dem Volke seine Ideale.' (Annal. der Redaktion: Wir bringen dieselbe Schlusssatz der Frohneischen Rede in der heutigen Nummer als Leitartikel).

Lang andauernder Beifall lohnte den Redner für seinen begeisterten Vortrag. Zur Diskussion meldete sich niemand zum Worte und es gelangte folgende aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Im Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten erklärt die Versammlung:

1. Die Reichsgesetzgebung hat im Interesse des sozialen Friedens die unabwiesbare Pflicht, ohne Verzug die gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechtes nach jeder Seite hin zu bewerkstellen, insbesondere gegenüber den verschiedenen Arten auf die Schwächung und Behinderung der Arbeiterkoalition berechneten behördlichen Praktiken.

2. In Rücksicht auf die Notwendigkeit gründlicher, wirtschaftlich-sozialer Reformen überhaupt, deren Zuangriffnahme von den Vertretern der herrschenden Parteien nicht zu erwarten ist, ist es Pflicht aller Arbeiter, also auch der Maurer Hamburgs, bei den am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum Reichstage nur den Kandidaten der Arbeiterpartei ihre Stimme zu geben und mit aller Entschiedenheit für deren Sieg einzutreten.

*) Wir wollen nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf die im Verlage von W. Bitter, Hamburg, erschienenen und zum Preise von 25 g durch die Expedition des 'Grundstein' zu beziehende Broschüre 'Das Koalitionsrecht der Arbeiter im Lichte der Thatsachen' aufmerksam zu machen.

3. Um dieser Pflicht genügen zu können, beschließt die Versammlung: Der Wahltag wird von den Maurern Hamburgs als Feiertag erachtet, an welchem die gewerbliche Arbeit zu ruhen hat.

Der von einem Teilnehmer auf Grund eines eingereichten Antrages gemachte Versuch, die Frage des Feiertages am 1. Mai zur Sprache zu bringen, wurde von dem überwachen Polizeibeamten verhindert mit dem Bemerken, daß dieser Gegenstand nicht zur Tagesordnung gehöre.

Unter Hochrufen auf den Referenten ging die Versammlung in musterscharf Ruhe auseinander.

Situationsberichte. Maurer.

Hamburg. In vier Mitgliederversammlungen des hiesigen Maurerverbands (am 2., 16., 23. und 31. Januar) wurde verhandelt über den Bericht der am 7. November v. J. ernannten Kommission zur Untersuchung der Auszubildigen des Herrn Baker und Müller gegen den früheren Vorstand (vergl. Bericht in Nr. 42 und 46, 2. Jahrgang). Herr Demmelburg erstattete einen ausführlichen Bericht über die von der Kommission gepflogene Untersuchung; darnach soll der frühere Vereinsvorstand allerdings in einigen Fällen bei Geldausgaben unvorsichtig verfahren sein. Der Ursprung des Streites soll darin bestehen, daß 1. zu Zeiten, als Herr Knegeborn noch Vorsitzender des Vereins war, den Besten Dörfern eine Streik-Unterstützung ohne Vorwissen des übrigen Vorstandes bewilligt worden sei; 2. daß die frühere Agitationskommission der Maurer Deutschlands in der Unterhaltungsangelegenheit des früheren Mitgliedes Harwig nicht korrekt verfahren habe, was jedoch durch die Beweisaufnahme als unzutreffend festgestellt worden sei, zumal Herr Hartwig selbst in einem Schreiben an die Untersuchungskommission scharf zugewandt habe, daß die von den Herren Demmann und Wilbrandt feinerseitig gemachten Mitteilungen über die ihm zu Theil gewordene Unterstützung durchaus auf Wahrheit beruhen; 3. daß in der Geldangelegenheit des Herrn Lorenz die Agitationskommission begangene Fehler des Genannten zu bemängeln versucht habe. Hauptsächlich dieses Punktes erklärt die Untersuchungskommission: Die Behauptungen Baker's, daß A. das Markenbuch gefälscht und die Agitationskommission das Defizit für denselben begahlt habe, seien als wahr nicht zu erweisen. Weiter stellt die Untersuchungskommission fest, daß die Aufnahmegebühren freitender Kollegen zur Zentral-Kassenkassa von der Agitationskommission aus dem verbleibenden zur Verfügung stehenden Fonds bestritten; ein gewisser Theil des angewandten Geldes jedoch nicht zurückgezahlt sei, was übrigens den Fachbereich der Maurer nichts angehe. Ferner ist die Kommission der Ansicht, daß die von Baker, Müller und Genossen aufgestellte Behauptung, mehrere in der letzten Zeit im 'Grundstein' enthaltene Situationsberichte aus Hamburg seien tendenziös entworfen, sowie die Behauptung, daß der Vorsitzende Mehner antwortlich gehandelt habe, begründet seien, dahingegen die Behauptung Baker's, daß Meyer ein Gehalt von zusammen M. 3000 bezogen habe, auf Irthum beruhe. Die Debatte über diesen Kommissionsbericht, von dem wir hier des uns zu Gebote stehenden beschränkten Raumes halber nur das Bemerkenswerthe wiederzugeben haben, war eine sehr ausgedehnte und lebhaft, oft sogar stürmische, welche sich, wie bereits bemerkt, über vier Versammlungen erstreckte. Während eine Anzahl der Redner mit Entschiedenheit den Kommissionsbericht als tendenziös und einseitig zu Gunsten Baker's und Müller's gehalten, bekämpften, traten andere für die Feststellungen der Kommission ein. Das Resultat der Verhandlungen, welches in der vierten Sitzung zu Stande kam, ist folgendes: Es wurden zunächst mit 258 gegen 253 Stimmen die ersten drei Punkte einer von Herrn Dammann gestellten - Resolution angenommen, welche lautet: Der Fachbereich der Maurer Hamburgs beschließt: 1. Die Behauptungen der Mitglieder Baker und Müller: Der im vorigen Geschäftsjahre amirrende Vorstand habe mit den Vereinsgebern verschwenderisch gewirthschaftet, sind durch das von der Untersuchungskommission gefammelte und in den Versammlungen näher erörterte Material als nicht begründet anzusehen. 2. Die gegen das Mitglied Lorenz von Seiten Baker's gerichteten Beschuldigungen sind ebenfalls völlig unbegründet und ist außerdem diese Angelegenheit schon vor Jahren zur Zufriedenheit des Vereines geregelt. Eine Verbreitung des Gerüchtes, wie es von Baker gechehen, Lorenz habe Vereinsgelder unterschlagen und dafür seinen Haushalt verpaidet, kann nur dazu dienen, den Verein in schwerster Weise zu schädigen. 3. Die Beschuldigungen Baker's und Müller's, der 'Grundstein' habe einseitige und wahrheitswidrige Versammlungsberichte gebracht, ist ebenfalls als der Wahrheit nicht entsprechend zurückzuweisen. Wenn im 'Grundstein' in den Berichten an dem Verfassen Baker's und Müller's Kritik geübt wurde, so ist dieses den beiden genannten Mitgliedern selber zuzuschreiben. Der 'Grundstein' hat als Arbeiterblatt nur seine Pflicht erfüllt. 4. Baker und Müller haben folgendermaßen ihre Behauptungen zurück zu nehmen, anderenfalls nach dem § 5 des Statuts gegen sie vorgeschritten werden müßte. Der vierte Paßus wurde mit großer Majorität abgelehnt, nachdem die Herren Baker und Müller erklärt hatten, daß sie von ihren Aussagen nichts zurückzuziehen. Ferner wurde mit 308 gegen 164 Stimmen der von den Herren Ahlers, Otrel, Nieland und Obermann gestellte Antrag angenommen, nach welchem der jetzige Vorstand mit Ausnahme des Kassierers Böttger aufgestellt werden soll, worausst Böttger erklärte, daß er sich mit dem Vorstande solidarisch hält und freiwillig sein Amt niederlege. Die weiteren vorliegenden Anträge konnten wegen vorgerückter Zeit nicht mehr behandelt werden. Es wurde beschlossene, in nächster Versammlung zunächst die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen.

Hamburg a. d. Elbe. Am Donnerstage, den 23. Januar, fand hier die regelmäßige Mitglieder-

sammlung des Fachvereins der Maurer statt mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Fragekasten. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Vorsitzende die mit ihren monatlichen Beiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Entschuldigungsbrief der ausgeschiedenen Mitglieder Langemann und Traube, in welchem diese Herren ihre Wiederaufnahme in den Verein wünschten. Nach kurzer Debatte wurde dieses Gesuch abgelehnt. Sodann wurde dem Kollegen Malchow wegen unameradzschaffigen Verhaltens nach kurzer Auseinandersetzung eine Rüge erteilt. Kollege Opp, der wegen Uebertretung des Lohntarifs eingeladen war, erklärte, durch den auf dem Bau beschäftigten Gewerksgeleuten zu der Handlung veranlaßt zu sein, worauf die Sache als erledigt angefallen wurde. Kollege Langhoff, welcher ebenfalls wegen Uebertretung des Lohntarifs eingeladen war, wurde dagegen statutengemäß ausgeschlossen. Darauf wurde die Wilhelmshurger Angelegenheit erörtert; da die Sache aber noch sehr im Unklaren lag, wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, welche zwecks weiterer Klarlegung die Sache untersuchen soll. Sodann unterzog Herr Weniger das Vorgehen der Unternehmer, die sich jetzt von uns abgefordert und einen eigenen Verein gebildet haben, einer scharfen Kritik, worauf nach kurzer Diskussion sämtliche Unternehmer, die gleichzeitig dem Fachverein und dem Unternehmerverein als Mitglieder angehören, ausgeschlossen wurden. Ferner wurde von dem Kommissionsmitglied Hoffmann das von der Kommission angefertigte Manuskript verlesen und mit unweiltiger Aenderung angenommen. Hiernach machte der Vorsitzende auf die Einlieferung der Statistik aufmerksam und wurde der 27. Januar zur definitiven Mittheilung der Wagen im Vereinslokale bestimmt. Schließlich wurde festgestellt, daß ein Exemplar des Koalitionsrecht der Arbeiter im Lichte der Thatsachen für die Bibliothek angeschafft werden soll. Schluß der Versammlung kurz vor 11 Uhr.

Lüneburg. Am 29. Januar fand die vierte Hauptversammlung des Fachvereins der Maurer statt, wozu die Mitglieder mit Ausnahme einiger Gelegenheitsbesucher zahlreich erschienen waren. Um 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden eröffnet und vom Schriftführer das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen, welches für richtig befunden wurde. Im ersten Punkt der Tagesordnung: 'Aufnahme neuer Mitglieder', wurden zwei Kollegen in den Verein aufgenommen, sodann der Verein jetzt 80 Mitglieder zählt. Zum zweiten Punkt wurde vom Kassier die von den Neuzugeworbenen bezahlte Jahresabrechnung vorgelegt, worauf die Ertheilung der Decharge erfolgte. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten und der Vorsitzende W. Berlow mit Majorität wiedergewählt; als Schriftführer wurde Kollege J. Kreutzmann, als Kassier Kollege E. Hammann gewählt. Ferner wurde dem auscheidenden Vorstande für die treffliche Leitung des Vereines von der Versammlung durch Erheben von den Stühlen die Anerkennung ausgesprochen, worauf der Vorsitzende im Namen des Vorstandes dankte mit dem Erwähnen, dem neuen Vorstande fortan durch das Mitwirken sämtlicher Mitglieder das Amt so viel als möglich zu erleichtern; denn nur durch maßvolles und verständiges Auftreten der Mitglieder sei es dem Vorstand möglich, die Versammlung in geziemender Weise zu leiten und die Vereinsangelegenheiten durchzuführen. Im dritten Punkt wurde über die Lohnfrage debattirt und beschlossen, mit einigen Änderungen den alten Lohnzettel für dieses Jahr beizubehalten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, diesen Beschluß den Meistern zu unterbreiten und mit denselben darüber zu verhandeln, daß bei im Lohnzettel noch vorhandenen Mängeln abgeholfen werde. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wurde auf das Wachsen und Gedeihen des Vereines ein dreifaches Hoch ausgebracht. Schluß der Versammlung 11 1/2 Uhr.

Nienburg a. W. Am 19. Januar fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt, welche auf Befund war, da Gäste von verschiedenen anderen Gewerken anwesend waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Organisation. 2. Die Lohnfrage. 3. Diskussion. In das Bureau wurden C. Galle als erster, W. Drinmann als zweiter Vorsitzender und H. Hofmeister als Schriftführer gewählt. Mit einem Appell an die Anwesenden, Ruhe und Ordnung zu wahren, forderte der Vorsitzende den Berichterstatter einer im vorigen Jahre hierüber stattgefundenen öffentlichen Versammlung auf, sich ob des unwahren Berichtes, welcher in der 'Nienburger Harke' veröffentlicht war, zu verantworten, doch es meldete sich Niemand. Ueber die gestellte Tagesordnung referirte Kollege Mehrens aus Bremen zur vollsten Zufriedenheit aller Anwesenden, indem er die Schwierigkeiten darlegte, mit welchen die Arbeiterorganisationen in Deutschland zu kämpfen haben. Nedner führte unter anderem als Beispiel die englische Organisation vor Augen, welche im Laufe dieses Jahrhunderts ebenfalls einer schweren Stand gehabt, jedoch siegreich durchgedrungen sei. Sodann unterzog Nedner das Innere des Vereines mit seinen Unzulänglichkeiten einer eingehenden Kritik und wies nach, daß derjenige Theil der Arbeiter, welcher der heutigen Gewerkschaftsbewegung feindselig gegenüber steht, nur aus Unkenntnis der Verhältnisse gegen ihre eigenen Interessen handele, welcher Uebelstand nur durch die unablässige Verbreitung von Arbeiterzeitungen bekämpft werden könne. Der zufällig zum Besuch anwesende Kollege Hofmeister forderte im Anschluß an die Ausführungen des Vorstandes, die Anwesenden ebenfalls auf, Mann für Mann der Organisation beizutreten. Sodann wurde von mehreren Rednern das Verhalten der Meister kritisiert, die es für unnötig halten, mit der Lohnkommission zu verhandeln, worauf in Anbetracht der schwachen Organisation beschlossen wurde, die Lohnforderung bis auf günstigere Zeit aufzuschieben. Zum Schluß erklärte der Referent die Nothwendigkeit der Beschäftigung des diesjährigen Maurercongresses, welche von den Anwesenden durch den Beschluß anerkannt wurde, daß jeder in Nienburg arbeitende

Maurer höchlichlich 25 J. zur Befreiung der diesbezüglichen Kosten beizutragen habe, zu deren Einnahme und Verwaltung die Kollegen F. L. A. C. e und F. M. i. l. l. e. r. gewählt wurden. Mit einem dreimaligen Hoch auf die deutsche Maurerbewegung wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Hannover. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Maurer-Vereins von Hannover-Vindern fand am 28. Januar im „Ballhof“ statt mit der Tagesordnung: 1. Das Koalitionsrecht und besser Handhabung. 2. Beratung über statistische Fragebogen. 3. Wie stellen wir uns bei Verdingung eines Mitgliedes? 4. Verschiedenes und Fragelasten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erklärte Herr B. a. r. n. s. t. in längerer Rede das Koalitionsrecht, um welches nun schon so mancher Streit entstanden sei. Redner führte aus, wie sehr die Großindustrie, so auch besonders die Zinnschmelze, bemüht seien, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu bekämpfen und zu beseitigen. Unter Anderem führte er den Vergarbeiterstreik an, und wies darauf hin, wie das Koalitionsrecht auch von Seiten der Behörde ausgeübt werde und sogar das Reichsgericht Urtheile gefällt, welche mit der eigentlichen Bedeutung des § 152 der Reichsgesetzesverordnung durchaus im Widerspruch stehen. Im weiteren Verlauf seiner Rede widerlegte Redner auch die Ausführungen des Vogauer Staatsanwalts, welcher die Streiks als Erpressungsversuche zu verurtheilen sucht. Ein Jeder habe das Recht den Preis für seine Arbeitskraft selbst zu stellen. Nachdem Redner Johann die Entsetzung des Koalitionsrechts beleuchtet hatte, ging er zur Lebensstellung der Arbeiter über, und führte aus, daß dieselben nicht so viel verdienen, um die nöthigsten Bedürfnisse der heutigen Verhältnisse nach decken zu können. Es seien dies alles Uebelstände, für deren Milderung auch die Regierung einzutreten verpflichtet sei. Rißlich der Arbeiter dagegen sei es, für festes Zusammenhalten einzutreten und möglichst auf Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Freund G. r. o. t. e. schloß sich diesen Ausführungen an und legte unter Anführung verschiedener Beispiele klar, was eigentlich die Großindustriellen dazu bestimmt, das Koalitionsrecht für die Arbeiter zu bekämpfen. Wir setzen dem Staate verpflichtet und hätten in erster Linie ein Recht auf Arbeit und bessere Lebensstellung, aber durch Einführung fremder Arbeitskräfte werden den einheimischen Arbeitern diese Rechte illusorisch gemacht, so daß sie schließlich ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber nicht nachkommen können. Nachdem im zweiten Punkte der Tagesordnung der Werth der statistischen Fragebogen nachgewiesen war, wurde der Antrag angenommen, die im vorigen Jahre übriggebliebenen Bögen zu benutzen und werden solche vom Kassirer ausgegeben. Der dritte Punkt wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt. Im Verschiedenen machte der Vorsitzende auf den im „Holländer“ in Vindern am 23. Februar stattfindenden Narrenabend aufmerksam. Nach Erledigung einiger Fragen erfolgte Schluß der Versammlung.

Nürnberg. Am Sonntag, den 26. Januar, fand im Saale des Café Merit eine öffentliche Maurer- und Steinhauer-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie verhalten sich die Maurer und Steinhauer Nürnbergs zu einer 10prozentigen Lohnerhöhung? 2. Wie verhalten sich dieselben den Beschlüssen der Zunftung gegenüber? 3. Wie verhalten sich die Steinhauer Nürnbergs den Berliner Kollegen gegenüber? Als Vorsitzender wurde Kollege W. e. r. m. a. n. n. als Schriftführer Kollege M. i. l. l. e. r. zur Tagesordnung schloß Kollege H. a. j. c. h. in einem dreiviertelstündigen Vortrage die Aufgabe Steigerung aller Lebensmittel, beleuchtete scharf die Schulzoll- und Abperringspolitik und wies mit Hilfe amtlicher Statistiken nach, in welcher enormer Weise hierdurch der Arbeiterstand belastet werde. Redner führte des Weiteren aus, daß Frau und Kinder heute in den Produktionsprozess mit eingreifen müßten, um nur den nöthigen Lebensunterhalt einer Familie mit erschwungen zu helfen, und bewies, daß bei Fortdauer der heutigen Verhältnisse die Degeneration des Arbeiterstandes eintreten müsse, was sich am eckantesten bei den jährlichen Meerkrautaushebungen erweisen lasse. Zu der im Herbst aufgenommenen Statistik übergehend, wies Redner nach, daß die Löhne unzureichend seien und daher die Aufstellung eines Minimallohnes unter allen Umständen durchgeführt werden müsse. Sodann schilderte der Referent das Verhalten der hiesigen Zunft der Maurerkoalition gegenüber, welche letztere von der ersteren als nicht gleichberechtigt angesehen werde und forderte zum Schluß zu ununterbrochener, emsiger Agitation für den Verein auf, damit alle angeführten Uebelstände mit der Zeit beseitigt werden. Die an der Diskussion theilnehmenden Redner G. a. n. s. e. l., H. r. h. a. r. d. t., B. e. r. n. d. t. und M. i. l. l. e. r. u. e. r. unterstützten ohne Ausnahme die Ausführungen des Referenten, wobei besonders der Letzter genannte für weitere Verbreitung des „Grundstein“ eintrat. Sodann wurde eine aus 6 Mann bestehende Lohnkommission gewählt, welche den Minimallohn festsetzen und der Zunftung zur Genehmigung vorlegen soll.

Hannover. Am 26. Januar, Abends 8 Uhr, hielt der Fachverein der Maurer Wandsbäders eine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Innere Vereinsangelegenheiten. 2. Wahl zweier Kontrolleure. 3. Fragelasten. Zum ersten Punkt verlas der Vorsitzende den in Nr. 2 des „Grundstein“ enthaltenen Artikel über die Beschlüsse des Hamburger Handwerktages. Redner führte an, daß sich kein Arbeiter mit den gefassten Beschlüssen einverstanden erklären könne, weil dadurch der § 152 der Reichsgesetzesverordnung und somit auch das Koalitionsrecht dem Arbeiter beschnitten würde. Herr P. o. p. p. führte aus, dem Arbeiter sei zwar das Koalitionsrecht verliessen, doch würde den Unternehmern mehr Freiheit gelassen, wie Erstere. Die Arbeiter müßten auf ihr Recht pochen und dasselbe in jeder Hinsicht auszunutzen suchen. Weiter führte Redner aus, daß er dem Vorsitzenden seinen Dank für die Besprechung dieses Artikels nicht verjagen könne, denn es sei Pflicht, über solche Punkte Referate zu halten und dieselben zu veröffentlichen, damit andere Kollegen geistig aufgerüttelt würden. Nach vorangegangener Diskussion wurde betreffs des Aufnehmens der Affordarbeiten am Sonntag, erucht,

dieses so viel wie möglich an Arbeitstagen vorzunehmen. Zu dem in Nr. 4 des „Grundstein“ enthaltenen Bericht des Kollegen Simbach führte Herr P. r. o. p. p. an, daß man aus diesem Bericht die traurige Lage vieler Kollegen in Sachsen usw. ersehen könne. Es sei eines organisirten Maurers größte Pflicht, für den „Grundstein“ und die Aufklärung indifferenten Kollegen einzutreten. Weiter wurde erucht, die statistischen Formulare abzuliefern. Sodann wurden noch die früher ausgegebenen Kollegen K. i. n. m. a. n. n. und B. r. o. e. r. wieder aufgenommen. Als Kontrolleure wurden die Kollegen F. r. i. c. h. t. und G. e. l. l. e. gewählt. Nachdem der Vorsitzende dank den Anwesenden für den guten Besuch gedankt hatte, schloß derselbe die Versammlung um 10 Uhr.

Schwerin i. M. In der am 23. Januar hier stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer wurde lange und lebhaft debattirt über die Frage: „Ist unsere Organisation einig und stark genug, um gegen Maßregelungen seitens der Meister Front zu machen?“ Weider war die Versammlung sehr schwach besucht. Es handelt sich um die in Nr. 1 dieses Jahrganges mitgetheilte Maßregelung des Kollegen K. l. e. i. n. e. r. t. S. c. h. r. ö. b. e. r. unterzog die brutale Handlungsweise der Zunftung einer scharfen Kritik und betonte, daß es Pflicht und Schuldigkeit des Vereins sei, dagegen einzutreten, da Kleinert doch die Interessen des Vereins gewahrt habe. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, eine außerordentliche Fachvereins-Versammlung über diese Angelegenheit abzuhalten und dann gegen den betreffenden Meister scharf vorzugehen. Wir bitten nun die Kollegen allerorts, den Bezug nach hierher zu halten.

Leipzig. Am 27. Januar hielt der hiesige Maurergewerksverein im Lokale der Wittve Post eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Protokollverlesen. 2. Unsere Lohnfrage. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt und ein neues Mitglied in den Verein aufgenommen war, wurde zum zweiten Punkte der Tagesordnung von einigen Mitgliedern der Lohnkommission berichtet, daß ihr Antwortschreiben von Seiten der Meister auf unseren letzten Brief noch nicht eingetroffen sei; sie (die Redner) könnten der Versammlung jedoch aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß die Meister einen Stundenlohn von 45 J. bewilligt, alle übrigen Forderungen aber abgelehnt hätten (was durch den am nächsten Tage eingegangenen Brief bestätigt wurde). Hieran wurde beschlossen, die von uns gestellten Forderungen hochzuhalten. Da sich hier in letzter Zeit der Uebelstand eingeschlichen hat, daß die Meister bei Akkordarbeit für die bei derselben mitbeschäftigten Lehrlinge ein Meistergeld von 3 bis 10 J. pro Stunde von den Gesellen beanspruchen, wurde, da wir dieses Vorgehen als ein ungerechtes bezeichnen müssen, beschlossen, die Meister um Milderung dieser Einrichtung anzugehen, widrigenfalls wir Stellung dagegen nehmen würden. Auch wurde beschlossen, daß vom 27. Januar an keine Bauten mehr für die im alten Lohnsatz vorgezeichneten Preise anzunehmen, sondern nach den neuer gestellten Forderungen zu berechnen seien. Diese Beschlüsse sollten den Meistern von der Lohnkommission nochmals schriftlich mitgeteilt werden mit dem Bemerkten, daß, im Falle sie unsere Forderungen nicht bewilligen, wir uns genöthigt sehen, eine andere Vorbesatz zu stellen, und zwar einen Stundenlohn, den jetzigen Verhältnissen entsprechend. Hieran wurde die Versammlung um 9 J. Uhr vom ersten Abgesehen geschlossen.

Maurer und Zimmerer.

Ludwigslust. Am Sonntag, den 19. Januar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, fand im Lokale des Herrn Großmann eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt, in welcher Herr F. i. n. g. e. aus Berlin als Referent anwesend war. Die Tagesordnung lautete: 1. Arbeitslohn und der Werth der Produkte. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die Herren W. u. l. f. (Maurer) erster, G. i. e. d. e. (Zimmerer), zweiter-Vorsitzender und R. a. t. h. (Zimmerer), Schriftführer. Der Referent legte alsdann in einem längeren Vortrage klar, daß die heutigen Arbeitslöhne bei Weitem nicht dem Werthe der Produkte entsprechen und daß dieses Mißverhältniß die Ursache des unter der arbeitenden Bevölkerung herrschenden Elends sei. Um hierin eine Veränderung zum Besseren zu schaffen, sei es nothwendig, daß die Arbeiter aller Kategorien sich organistiren, da nur durch gemeinsames Handeln etwas erreicht werden könne. Zum Schluß beleuchtete Redner unsere Forderungen, wobei er erklärte, daß dieselben denn doch derart geringfügig seien, daß eine Ablehnung derselben wohl schwerlich erfolgen könne. Sollte Letzteres jedoch geschehen und dadurch eine Arbeits einstellen herbeigeführt werden, dann müßten die hiesigen Kollegen aber einig und treu einander stehen; nur durch Einigkeit könne ein vollständiger Sieg errungen werden. In der Diskussion stimmte Herr L. u. d. m. a. n. n. (Zimmerer) den Ausführungen des Referenten zwar zu, jedoch sprach Redner sein Bedauern darüber aus, daß es noch so viel wantelimitliche Kollegen gebe, die sich für einiges Handeln, nicht erwärmen können. Kollege F. r. i. e. s. (Zimmerer) war der Meinung, daß die Kopfordernung wohl bewilligt werden würde, jedoch nicht die Verkürzung der Arbeitszeit, worauf Kollege D. r. e. i. e. n. (Maurer) letztere Forderung als die wichtigste bezeichnete. Kollege K. o. s. (Maurer) schilderte alsdann seine während des Schweriner Streiks gemachten Beobachtungen und machte ebenfalls zur Einigkeit. Nachdem derselbe Redner dann noch auf die am 20. Februar stattfindende Reichstagswahl aufmerksam gemacht und die Wahl von Arbeitervertretern dringend empfohlen hatte, wurde zur Wahl von Vertrauensmännern geschritten. Diefelbe ergab folgendes Resultat: W. u. l. f. und W. h. e. n. d. t. aus Ludwigslust, L. h. e. s. aus Neustadt und M. i. l. l. e. r. aus Grabu. Alsdann wies der Referent in einem kurzen Schlußwort auf die Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses in Paris hin und feuerte die Anwesenden zum Festhalten an der Organisation an. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Referenten, sowie auf die gesammte Bauhand-

werker-Bewegung wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Wagdeburg. In der am 15. Januar tagenden öffentlichen Maurer- und Zimmerer-Versammlung wurde dem Beschluß einer öffentlichen Arbeiter-Versammlung gemäß die Kollegen M. e. h. l. e. r. (Zimmerer) und C. e. s. o. s. c. h. (Maurer) in das Agitationstomitte gewählt, zur Kontrolle des Herbergeswekens und Regelung des Arbeitsnachweises. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Unsere diesjährige Lohnfrage“ sprach Herr C. e. s. o. s. c. h. Redner empfahl, die im vorigen Jahre gestellte Forderung, 45 J. Mindestlohn pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit, festzuhalten und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Auch empfahl derselbe regelmäßiges Steuern zum Generalfonds, sowie das Lesen von Arbeiter- und Fachblättern. Nachdem noch mehrere Redner die obigen Ausführungen unterstützt hatten, wurde folgender Antrag angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, den Mindestlohn von 45 J. für das Jahr 1890 hoch zu halten und mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu erringen. Ferner fordern die hiesigen Maurer und Zimmerer eine wind- und regenichte, im Winter heizbare Baudecke, sowie auf jedem Bau einen Abort und ferner, daß den Maurern die Staffpaten, Haden und Schippen geliefert werden. Es verpflichten sich die Maurer und Zimmerer, besser zum Generalfonds zu steuern, als im vorigen Jahre und die zehnstündige Arbeitszeit inne zu halten.“ In die Lohnkommission wurden von den Maurern die Kollegen P. e. s. s. e. l., H. a. b. n. e. r., S. o. l. z. m. a. c. h. e. r. und B. e. d. e. r. von den Zimmerern die Kollegen S. a. i. b. e. n., M. u. t. h. y. w. i. l. l. und K. o. p. p. e. gewählt. Noch wurde beschlossen, den 1. Mai als Feiertag anzuerkennen und in einer nächsten Versammlung darauf zurückzukommen.

Westerland a. Sylt. Im Herbst des vorigen Jahres forderte der Fachverein der Maurer und Zimmerer von den Meistern eine Lohnerhöhung, sowie zehnstündige Arbeitszeit. Da die Forderung nur theilweise bewilligt wurde, stellte der Fachverein dieselbe auf's Neue zum 15. März dieses Jahres. Dieses Vorgehen hat nun unsere bespottliche Meisterschaft in hellen Horn versetzt, und sie finnen auf alle möglichen Mittel, die bösen Gesellen zur Umkehr zu bewegen. Alles Einreden nützt jedoch nichts und so wird geschimpft: „Ich will mit der Bande nichts mehr zu thun haben, ich lasse mir zwanzig Mann aus Schweden schiden.“ Jedenfalls denkt der betreffende Herr nicht daran, daß die Arbeiter in Schweden auch 1890 schreiben. Vor einigen Tagen scheint es nun im Kopfe eines Maurermeisters mit einem Male Nicht geworden zu sein; er hat gesagt: „Die Maurer und Zimmerer auf Sylt sind alle Sozialdemokraten.“ Ein besseres Zeugniß hat uns wahrlich noch Niemand ausgefällt. Daß aber auch wirklich Männer hier sind, die die Sache ernst nehmen, bewies folgender Fall: Einige Maurer konnten einen Akkord annehmen, wobei sie in einigen Wochen einen Ueberfluß von M. 100 pro Mann erzielen konnten. Als Gegenleistung sollten sie aber dafür für den alten Lohn weiter arbeiten und somit der von unserer Organisation gestellten Forderung sowie ersterer selbst entsagen. Die Betreffenden schloßen sich aber dieses Anbittens in ihrer Egre als Arbeiter gedrückt und nahmen ihre Entlastung; zwei weitere Kollegen, die hinzugeschied wurden, die Arbeit fertig zu machen, weiterten sich ebenfalls, diesem Anbittens nachzukommen. Die drei Entlassenen haben trotzdem wieder Arbeit bekommen, obgleich früher Meister sich alle Mühe gegeben, solches zu hintertreiben. Zum Fröhjahr ist der Bezug fern zu halten.

Bauebenburg. Eine Hauptversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer und Zimmerer fand am 5. Januar statt, in welcher nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und der Aufnahme neuer Mitglieder, der Kassirer neu gewählt wurde. Die Wahl fiel auf den Kollegen C. i. a. s. M. a. l. l. e. r., welcher dieselbe dantes annahm. Kollege F. a. h. n. e. sprach sein Bedauern darüber aus, daß wiederum einige Zimmerer aus dem Vereine ausgeschieden sind. Einer derselben, mit Namen M., hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter den Maurern ebenfalls für den Austritt aus dem Vereine zu wirken, hat jedoch bisher überall die wohlverdiente Zurückweisung gefunden. — Zum letzten Punkte der Tagesordnung beschloß die Versammlung, franken Mitgliedern, sowie den Hinterbliebenen verordneter Mitglieder eine Unterstützung zu gewähren. Ferner wurde beschlossen, die bisher an wandernde Kollegen des Maurer- und Zimmerergewerkes gezahlte Wanderunterstützung von 30 auf 50 J. erhöhen. Die zum Empfang der Unterstützung berechtigenden Marken find bei dem Kollegen F. i. t. t. e., B. e. r. g. r. a. f. e. Nr. 21, abzuholen, während sich bei dem Kollegen M. a. l. l. e. r., B. e. r. g. r. a. f. e. Nr. 17, die Kasse befindet. Einträge Briefe find zu adressiren an den Kollegen Karl F. a. h. n. e., Behtnerstraße, Nr. 8.

Bauhandwerker.

Schwerin i. M. Am 21. Januar fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Nothlage der Arbeiter und wie verbessert man dieselbe?“ Das Bureau bestand aus den Herren S. a. r. j. e. n. (Maurer), Vorsitzender, G. a. n. t. e. n. (Bauarbeiter), Schriftführer. Zur Tagesordnung führte Herr S. a. r. j. e. n. aus, daß die Lage der Arbeiter nicht darnach angethan sei, um mit derselben zufrieden sein zu können, der Arbeiter erhalte nur einen winzigen Theil des Wertes seiner Arbeit, den Lohnarbeitern eignen sich die das Kapital repräsentierenden Unternehmern an, die Arbeiter seien somit auf einer Stufe angelangt, wo es kein Zurück mehr giebt, sondern ein allgemeines Fortwärtsschreiten damit sie theilnehmen können an dem angehäuft Nationalreichthum, der doch größtentheils durch ihren Fleiß erzeugt sei. Somit habe der Arbeiter auch ein Recht, die Früchte seiner Arbeit als eigen zu betrachten. Diefes könne aber nicht von Einzelnen bewerkstelligt werden, sondern Jeder müsse sein Theil zur Erreichung dieses Zieles mit beitragen. Es sei aber eine nicht näher zu bezeichnende Handlungsweise seitens derjenigen Arbeiter, welche auf Kosten ihrer Nebenarbeiter sich bei den Unternehmern in Gunst zu

sehen suchen, und so ihren eigenen Interessen entgegen arbeiten. Die Arbeiter müßten die Ueberzeugung in der Brust tragen, daß nur durch gemeinsames Handeln ihre Lage verbessert werden könne. Hieraus löste der überwachende Polizeibeamte die Versammlung aus Grund des Sozialistengesetzes auf, was allgemeine Verurteilung hervorrief, da jeder Anwesende der Ueberzeugung war, daß der Referent sich streng zur Sache gehalten hatte, und die Ausführungen desselben überhaupt nichts Staats- und Gemeingefährliches an sich hatten. Wir sind es aber in Schwerin bereit gewohnt, von der Polizei so militärisch und heimtücklich behandelt zu werden; die Antwort werden wir am 20. Februar an der Wahlurne erheben.

Zagreb. In der am 24. Januar hier im Abreichtischen lokale tagenden Bauhandwerker-Versammlung referierte Herr Friedrich über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Redner schilderte in einer einstufigen Rede die Bedeutung des § 152 für die Arbeiter, der von einem großen Teile derselben noch lange nicht genug gewürdigt werde, während die Unternehmer sich bemühen, die Rechte der Arbeiter nach jeder Richtung zu verkürzen. Auch die Behörden zeigen sich stets mehr den Unternehmern als den Arbeitern geneigt, was man daraus ersehe, daß die Unternehmer ungehindert in ihren Verbänden sich mit Politik befassen dürfen, während die Arbeitervereinigungen, welche nur irgendwie mit den Vereinigungen in Konflikt gerathen, ohne Weiteres sofort geschlossen würden. Redner schloß mit der Mahnung, fest zur Organisation zu stehen und für die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechtes einzutreten. Die Versammlung sollte dem Referenten lebhaften Beifall, worauf derselbe noch in einem weiteren Vortrag die Bedeutung der Arbeiterpresse erläuterte und das Abonnement auf das vom vorjährigen Maurerkongress anerkannte Fachorgan „Der Grundstein“ empfahl.

Hedermünde. Am 26. Januar tagte in der „Tonhalle“ eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung mit der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung. Nachdem das Bureau aus den Herren Menzel, Berndt und Ohm zusammengelegt war, ertheilte der Vorsitzende dem Referenten Herrn Neichert aus Berlin das Wort. In längerer sachlicher Rede schilderte derselbe zunächst die Entwicklung der menschlichen Gesellschaftsverhältnisse von den ersten Anfängen an; bei der Periode des Mittelalters angelangt, beleuchtete Redner hauptsächlich die Entstehung der Zünfte, deren Weisheit und Verschaffen, ging alsdann zu der Gewerkschaftsbewegung der Neuzeit über, deren wichtigste Vorzeichen er ausführlich darlegte. Sodann erläuterte der Referent die Entstehung und Bedeutung des Koalitionsrechtes und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, von diesem Rechte durch die Gründung eines Bauhandwerkersverbandes ergiebigen Gebrauch zu machen. Noch machte Redner auf die Wichtigkeit der Arbeiterpresse aufmerksam und empfahl das Abonnement auf den „Grundstein“ als bestes Mittel zur Aufklärung und Orientierung in gewerkschaftlichen Angelegenheiten. Die Versammlung beglückte die Ausführungen des Redners mit öfters mal Beifall. Nach kurzer Diskussion, in welcher sich sämtliche Redner ebenfalls für Gründung einer Organisation aussprach, erfolgte Schluß der Versammlung. Etwaige Briefe und Anfragen sind zu richten an Karl Menzel, Wallstraße 242.

Brieg. Eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung fand am 26. Januar unter reger Theilnahme in der „Götel'schen Gasthof“ statt, in welcher Herr Edflein aus Braunsberg über die Tagesordnung: Die gewerkschaftliche Bewegung der deutschen Bauhandwerker referierte. Vor Eröffnung der Versammlung machte der die Versammlung überwachende Polizeireisende dem Einberufer zur Pflicht, darauf zu achten, daß nur Bauhandwerker an der Versammlung Theilnahme nahmen. Auf Einspruch des Referenten gegen diesen Akt beschränkte sich der Herr Sekretär darauf, daß nur die Signarnehmer von der Theilnahme an der Versammlung ausgeschlossen sein sollten. Um weiteren Differenzen vorzubeugen, verließen die anwesenden Sigarnehmer den Saal, worauf die Versammlung um 5/4 Uhr ihren Anfang nahm. Nachdem das Bureau, bestehend aus den Herren Schloßhagen, Klose und Flaichel, gebildet war, entschloß sich der Referent seiner Aufgabe mit großem Geschick, indem er die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter von ihren ersten Anfängen im Mittelalter anknüpft schilderte. Sodann kam er auf die Lohnverhältnisse und die Art der Lohnanszahlung bei den Bauhandwerkern; namentlich aber bei den Steinmägeln, Maurern und Zimmerern zu sprechen und entwarf von denselben ein lautes Bild. In Betreff der Arbeitseinstellungen erklärte sich Redner prinzipiell als ein Gegner derselben und empfahl, nur im äußersten Nothfalle zu einer solchen zu greifen. Außerdem richtete er an die Versammlung das Eruchen, einen Fachverein der Bauhandwerker hier am Ort zu gründen zur Aufhebung einer besseren Organisation derselben. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Ansicht einverstanden und wählte zu diesem Zweck ein Komitee von fünf Mitgliedern, welches mit den nöthigen Vorarbeiten betraut wurde. Die Wahl fiel auf die Herren Klose, Walter, Punkte, Galle und Schlaß. Hieraus legte Herr Schlaß (Steinm.) in längerer Ansprache die Verhältnisse der anderen industriellen Gewerbe und der Maschinenindustrie im Gegensatz zu dem Baugewerbe klar. Außerdem unterwarf er noch die zünftlichen Bestrebungen der kleinen Handwerksmeister einer scharfen Kritik. Sodann beleuchtete der Referent die Zünftsvereinigungen, besonders die Frage des Befähigungsnachweises, und wies dabei auf die diesbezüglichen Ausführungen des „Grundstein“ hin, welches Blatt er den Anwesenden zum Abonnement auf das Beste empfahl. Zum Schluß machte Herr Edflein auf die Bedeutung der am 20. Februar stattfindenden Reichstagswahl aufmerksam und bezeichnete es als Pflicht sämtlicher Bauhandwerker, an diesem Tage für die Wahl des Arbeiterkandidaten thätig zu sein. Die Anwesenden zollten dem Redner für die trefflichen Ausführungen reichen Beifall, worauf der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf

die Bauhandwerkerbewegung die Versammlung um 5/4 Uhr schloß.

Calvörde. In der am 26. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Gaden abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des hiesigen Bauhandwerker-Fachvereins wurden zunächst vom Schriftführer die ausgearbeiteten Statuten vorgelesen und von der zirka 45 Mann starken Versammlung angenommen. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Gaden als Vorsitzender, B. Külliger als Stellvertreter desselben, F. Martens als Kassirer, H. Kruse als Schriftführer und F. Peters als Stellvertreter. Ferner wurden als Revisionäre die Herren H. Schulte, F. Krüger und H. Müller gewählt. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung berichtigte die Lohnkommission, daß sie am heutigen Tage den Meistern folgenden Lohnstarif zugestellt habe: 27/4 Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit, bei Nacharbeit 2/4 Zulage pro Stunde. Zu gleicher Zeit leitete der Vorsitzende das Ersuchen mitgetheilt, bis zum 15. Februar eine Antwort zu ertheilen.

Lübs. Am 23. Januar, Abends 8 Uhr, fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer- und Bauhandwerker von Lübs und Umgegend statt mit der Tagesordnung: 1. Zweck und Ziele der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Berichtsbereich. Nachdem das Bureau gewählt war, wurde vom Vorsitzenden dem Herrn Heintze aus Berlin das Wort ertheilt, welcher über den Zweck und die Ziele der Gewerkschaften referierte, was von den Anwesenden sehr begeistert aufgenommen wurde. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung entspann sich eine lebhafteste Debatte, in welcher das scharfe Verhalten der hiesigen Meister den Gesellen gegenüber, welche es nicht mal der Mühe werth halten, auf unsere Frage zu antworten, einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Bemerkenswert ist noch, daß bei Beginn der Versammlung ein Zinnungsmeister 3. anwesend war, welcher, als er aufgerufen wurde, seine Meinung kund zu thun, heimlich verschwand. Nach Erlebigung einiger unwichtiger Angelegenheiten erhielt Herr Heintze das Schlußwort, worauf die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

Warne-münde. Am 28. Januar fand hier selbst in der „Tonhalle“ eine gut besuchte öffentliche Bauhandwerker-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Gewerkschaftliches. 2. Diskussion. 3. Berichtsbereich. Nachdem das Bureau gebildet war, ertheilte der Vorsitzende dem Referenten, Herrn Heintze aus Berlin, das Wort. Derselbe führte in längerer Rede aus, daß der Verdienst der Arbeiter in gar keinem Verhältnisse zu den Bedürfnissen liege und müsse daher entschiedene Abhilfe geschaffen werden. Eine solche sei jedoch nur durch die Arbeiter selbst zu beschaffen, denn auch sie seien berechtigt, an den Gesellen der Kultur theilzunehmen; mit Salz und Pasteten könne der Arbeiter nicht zufrieden sein, sondern er müsse dahin streben, seine Lage in jeder Beziehung zu bessern. Redner berührte auch noch im Laufe seiner Ausführungen das Zinnungs-, Lehrlings- und Herbergswesen und empfahl zu der am 20. Februar stattfindenden Reichstagswahl die Stimmen vereint dem Arbeiterkandidaten zu geben. Da trotz mehrfacher Aufforderung seitens des Vorsitzenden, sowie des Referenten zur Diskussion Niemand das Wort nahm, wurde zum dritten Punkte der Tagesordnung: Berichtsbereich übergegangen, in welchem der Referent auf die Bedeutung der Presse hinwies und dieselbe zum fleißigen Studium empfahl. Vor Allem sei in politischer Beziehung die „Nordwestpost“, sowie in gewerkschaftlicher Hinsicht der „Grundstein“ jedem Bauhandwerker dringend zu empfehlen. Da weiter Niemand das Wort wünschte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Stettin. Am Sonntag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, fand hier selbst eine große öffentliche Versammlung der Maurer resp. Bauhandwerker von Stettin und Umgegend im Lokale der „Grünhof-Brauerei Bod“ statt mit der Tagesordnung: 1. Das Koalitionsrecht und die Zinnungen. 2. Die Bedeutung der Presse. 3. Berichtsbereich. Das Bureau wurde zusammengeleitet aus den Herren R. Heidenreich, Vorsitzender; K. Fraay, Stellvertreter; H. Groß, Schriftführer. Herr Limbach aus Hamburg referierte in einem sehr ausführlichen Vortrage zunächst über den ersten Punkt der Tagesordnung in zirka einstufiger Rede, welche von der Versammlung mit begeisterter Zustimmung aufgenommen wurde. Redner hob besonders die von den Zinnungen unternommenen Versuche, das Koalitionsrecht für die Arbeiter illusorisch zu machen, hervor und mahnte die Anwesenden, mit allen gesetzlichen Mitteln für den Ausbau des Koalitionsrechtes einzutreten. Nach kurzer Rede erläuterte der Referent zum zweiten Punkte der Tagesordnung die Bedeutung der Arbeiterpresse im Gegensatz zu den arbeitserfreundlichen Zeitschriften und empfahl das Abonnement auf den „Stettiner Volksboten“ sowie auf den „Grundstein“, zu gleicher Zeit trat Redner warm für die Wahl des Herausgebers des erwähnten Blattes, Herrn Friz Herbert, in den Reichstags ein, was von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde ein vom Vorsitzenden gestellter Antrag, den 20. Februar zu feiern, einstimmig angenommen. Auch Herr Berger sprach noch im Sinne des Referenten über die Presse und bezeichnete das Organ „Stettiner Tageblatt“ als für uns durchaus werthlos. Ferner wurde von Herrn Knapppe der Versammlung mitgetheilt, er habe bei dem Magistrat ein Gesuch eingereicht, wonach auch an einem Sonntage die Wählerlisten ausgelegt werden sollen; dieses Gesuch sei jedoch ohne Angabe weiterer Gründe kurzweg abgelehnt worden. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten den Dank im Namen der Versammlung ausgesprochen und einen Gruß an alle Kollegen, die er auf seiner Agitationsreise antrete, ausgesprochen, schloß derselbe mit einem dreimaligen Hoch auf den Reichstagskandidaten Herbert um 11 Uhr die Versammlung.

Wurzen. Am 2. Februar hielten die Bauhandwerker von Wurzen und Umgegend eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Gottlieb Kopsch in einem einstufigen Vortrage über die gewerkschaftliche

Bewegung der Bauhandwerker sprach. Redner führte aus, daß es schon in früheren Zeiten kunstreiche Bauhandwerker gegeben habe; wenn man die alten Schlosser und Burgen betrachte, so müsse man dieses zugestehen, man habe damals aber Jahre lang an solchen Bauten gearbeitet. In den jetzigen Zeiten werde dagegen zum Beispiel ein Wohnhaus in sechs Wochen fertiggestellt. Es sei das freilich auch eine Kunst für die Bauhandwerker; dieselbe werde aber schlecht bezahlt und an wem liegt die Schuld? Nur an uns selbst! Es werde dem Arbeitern genug Gelegenheit geboten, sich Aufklärung zu verschaffen, aber sie bemögen dieselbe nicht und halten solches nicht für nöthig. Es gebe eine nicht geringe Anzahl von Kollegen, die sich sagen: Laßt die Vereinsmitglieder nur für Vohrmehrigung und Bekräftigung der Arbeitseiz eintreten, wir erhalten nachher daselbe ebenfalls. Auch die Herren Parliere sagen sich: Gott sei nur die Kassenisten aus dem Feuer, wir essen dann mit. Wir hatten zu dieser Versammlung die Parliere mit eingeladen, jedoch war nur einer anwesend und zwar ein Mitglied des Fachvereins. Redner führte dann weiter aus, daß sich jeder Kollege, sobald die Bauperiode wieder beginnt, an die Beschäfte halten müsse, die wir im vorigen Jahre unseren Meistern mitgetheilt haben, und zwar vom 1. März die zehnstündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 36/4, da wir bei den jetzigen Lebensverhältnissen nicht auskommen können. Die indirekten Steuern seien es, die uns zu schaffen machen, darum thue am 20. Februar Jeder seine Pflicht. Folgende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen: 1. Die heutige öffentliche Bauhandwerker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, möglichst für die im vorigen Jahre gefassten Beschlüsse einzutreten; sobald die Bauzeit wieder beginnt. 2. Sobald der März beginnt, hören wir Abends 6 Uhr auf zu arbeiten, wenn auch der Parlier nicht Feierabend bietet. Nachdem der Vorsitzende dann die Anwesenden noch zum Abonnement auf den „Grundstein“ ermunterte hatte, schloß derselbe die gut besuchte Versammlung.

Wittenberg. Am 1. Februar, Abends 7 Uhr, fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und die Mittel zur Hebung derselben ebent. Gründung eines Fachvereins. Nachdem das Bureau aus den Kollegen G. Galle, Vorsitzender, R. Gelsdorff, Beisitzer, K. Schreibe, Schriftführer, zusammengelegt war, ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Heyer aus Leipzig das Wort, welcher in einem zirka 15stündigen Vortrage unter allgemeinem Beifall über die Tagesordnung referierte. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, zur weiteren Befahrung über die Gesamtbewegung der deutschen Maurer, sowie zur Ausbildung in volkwirtschaftlicher Beziehung auf das Fachorgan „Der Grundstein“ zu abonnieren, welcher Aufforderung auch etliche Kollegen Folge leisteten. Leider war unsere Versammlung von Mauern schwach besucht, von Zimmerern dagegen war eine stattliche Zahl erschienen, welche sich ebenfalls entschlossen haben, einen Fachverein zu gründen, infolge dessen sei auch den Referenten beauftragt, etwas für sie zu thun, um Anstoß an den deutschen Zimmererverband zu gewinnen. Nach kurzer Diskussion schloß der Vorsitzende um 9/4 Uhr die Versammlung. Von Bauarbeitern waren auch Etliche erschienen, welche sich aber zu nichts entschließen konnten.

Maurer und Dachdecker. Die Mitglieder des gewerkschaftlichen Vereins der Maurer, Dachdecker und Steinbauer von Parchim und Umgegend trafen am Sonntag, den 26. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof“. Zur goldenen Traube eine Versammlung ab mit nachfolgender Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Beschlußfassung über unseren Lohnstarif. 3. Berichtsbereich. Nach Eröffnung der Versammlung theilte der Vorsitzende mit, daß die Lohnkommission der Zimmerer von ihm zu dieser Versammlung eingeladen sei, wohnt sich die Versammlung einverstanden erklärte. Zur Tagesordnung berichtete der Vorsitzende, daß am Abend vorher eine Versammlung der Meister mit der Lohnkommission der Maurer und Zimmerer stattgefunden hätte. Die Veranlassung dazu habe darin gelegen, daß die Zimmerer eine andere Forderung gestellt hätten, als die Maurer. Da nun einige Maurermeister resp. Bauunternehmer auch Zimmerer beschäftigen, so hätten Zimmerer- und Maurermeister beschlossen, mit beiden Lohnkommissionen zusammen zu verhandeln. Die Zimmerer haben eine Forderung von 32/4 pro Stunde und zehnstündiger Arbeitszeit gestellt, die Maurer dagegen 31/4 pro Stunde und 10stündige Arbeitszeit, worauf die Meister nun ein Angebot von 30/4 pro Stunde und elfstündige Arbeitszeit machten, mit welchem Angebote die Lohnkommission sich selbstredend nicht einverstanden erklären konnte. Es wurde nun von der Versammlung einstimmig beschlossen, gemeinsam nach einem Lohnstarif vorzugehen und auf die Forderung von 31/4 pro Stunde und 10stündige Arbeitszeit zu beharren. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung legte der Vorsitzende der Versammlung einen Lohnstarif zur Begutachtung vor, welcher nach eingehender Berathung angenommen wurde; auch die Lohnkommission der Zimmerer erkannte denselben an. Zum dritten Punkte stellten einige Kollegen den Antrag, die ausgeschlossenen Kollegen Leitz und Willi g wieder aufzunehmen. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, die Genannten wieder aufzunehmen, so bald sie sich bei dem Vorstand gemeldet hätten. Schluß der Versammlung 7/4 Uhr.

Briefkasten.

Brieg, F. Die Einbringung von Berichten ist uns jeder Zeit erwünscht; wir machen aber bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die dortigen Kollegen nur dann einen Nutzen vom „Grundstein“ haben, wenn sie denselben lesen.

Verlag von F. Stanning, Hamburg.
Druck von F. H. W. Dieß, Hamburg.